

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

249 (27.10.1931)

Was brachte Washington?

Der Goldstandard muß erhalten bleiben — Der Weg zu einer internationalen Konferenz zur Reparationsfrage

Berlin, 26. Okt. (SP.)

Nach all den verschiedenen, sich widersprechenden Alarmmeldungen, ist nach der letzten Uebersicht gesehen, das Ergebnis der Washingtoner Besprechung zwischen Hoover und Laval sicher nicht so reich, wie es die Ankündigungen, die während der Seefahrt des französischen Ministerpräsidenten in der Welt verbreitet wurden, erwarten ließen, aber auch nicht ganz so mager, wie man nach den sensationellen Meldungen der letzten Tage vermuten mußte. In gewissen Kreisen, sowohl in Frankreich, wie in Amerika, waren die Hoffnungen überspannt worden und die Annahme lag ja auch nahe, daß ein so groß angelegtes Unternehmen, wie ein Besuch des französischen Ministerpräsidenten beim Präsidenten der Vereinigten Staaten nicht mit dem — übrigens in ihrer Bedeutung auch überschätzten — europäischen Ministerzusammenkunft zu vergleichen sei. Aber mit Recht hat der dem Pariser Außenministerium nahestehende Temps schon vor der Reise vor einer Ueberschätzung der Reise gewarnt. Es handle sich, so sagte er, nicht um den Abschluß einer Vertrags, der ja immer nur Sache der beiden Regierungen sein könnte, sondern um freie und vertrauliche Unterhaltungen, in denen man sich von den wirklichen Absichten der beiden Regierungen und von den Möglichkeiten einer dauernden Zusammenarbeit auf dem großen internationalen Gebiet sowohl was die Politik, wie, was die Finanzen und die Wirtschaft angeht, ein Bild machen könnte.

Nun haben Laval und Hoover, wie das Communiqué besagt, alles erörtert, was zu erörtern war: die wirtschaftliche Lage, die politischen Beziehungen, die Abrüstungsfrage, die Reparationsfrage, die Stabilisation der internationalen Währung usw. Erörtert aber heißt nicht, zu einem Entschluß und zu einer Entscheidung kommen. Jeder weiß nun am besten vom andren, wie er die Dinge ansieht; eine Einigung über die schwebenden und strittigen Fragen ist indessen offenbar nicht erzielt worden, und was am meisten Beachtung verdient ist der Umstand, daß in der amtlichen Verlautbarung von der zuvor viel besprochenen amerikanischen Garantie für die französische Sicherheit überhaupt nicht die Rede ist. Man geht wohl nicht fehl mit der Annahme, daß sich das Laval nachgesagte Wort: „Hier ist nichts zu machen, Europa muß sich selber helfen“, auf diesen Punkt bezieht.

Wir werden wohl nach der Rückkehr des französischen Ministerpräsidenten noch andere Einzelheiten über den Widerstand der Vereinigten Staaten gegen politische Zugeständnisse erfahren. Einstweilen wissen wir nur von den Auslassungen des Senators Borah über die dringende Notwendigkeit einer Revision der territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrags. Herr Borah ist ein einflussreicher Mann. Er ist der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im amerikanischen Senat, und der Präsident der Vereinigten Staaten kann angeht die parlamentarische Lage in seinem Lande nicht wohl irgend welche Verpflichtungen eingehen, oder irgend welche Versprechungen machen, wenn er der Opposition Borahs sicher sein muß.

Was die positive Seite des Ergebnisses betrifft, so hat es immerhin seine Bedeutung, wenn die Wichtigkeit der Erhaltung des Goldstandards in Amerika und Frankreich festgestellt wird. Denn es kann daraus doch wohl gefolgert werden, daß Frankreich nicht dazu beitragen will, das weitere Abschließen von Gold die amerikanische Währungssituation verschlechtern. Es ist ferner von Wichtigkeit, daß man übereingekommen ist, vor Ablauf des Hoovermuratoriums eine Verabredung über die internationalen Schulden zu treffen und daß dabei die an den internationalen Zahlungen und Reparationen beteiligten Mächte zum Ergreifen der Initiative aufgefordert werden, die doch nur die Einberufung einer internationalen Konferenz zum Ziele haben kann.

Am stärksten ist gewiß aber Frankreichs Befundung einer Uebereinstimmung bezüglich der wirtschaftlichen und finanziellen Fragen, die „den Weg für eine Hilfsaktion der beiden Regierungen ebnen dürften“. Dieses „dürften“ ist sicher sehr vorichtig und wenig verbindlich. Indessen kann man doch die Hoffnung hegen, daß bei den Unterhaltungen in Washington ein Verständnis für die Notwendigkeit einer aktiven Hilfeleistung für die notleidenden und bedrohten Länder durch die Besitzer des Goldes aufgedämmert ist. Wenn aus diesem Verständnis praktische Schlussfolgerungen gezogen würden, und zwar bald gezogen würden, so hätte die Zusammenkunft von Washington doch ein Resultat gehabt, mit dem man zufrieden sein könnte.

Doch hier wird es vor allen Dingen auf die Bereitwilligkeit Frankreichs ankommen, aus seiner Reserve herauszutreten, und in Frankreich waren es bisher eigentlich nur die Sozialisten, und in erster Linie der Führer Leon Blum, die das Interesse ihres Landes und die allgemeine Verbundenheit der Länder richtig erkennend, immer wieder für ein Verlassen des Standpunktes unfruchtbarer Passivität eingetreten sind. Wird man jetzt ein stärkeres Echo bei den anderen Parteien und bei der französischen Regierung finden, das ist die große Frage, die sich nach dem Abschluß der Washingtoner Konferenz aufwirft.

Die Neuaufrollung der Reparationsfrage

Lavals Rückreise

Newport, 26. Okt. (Sta. Draht.) Laval hat Washington in der Nacht zum Montag verlassen und ist am frühen Morgen in Newport eingetroffen. Der amerikanische Unterstaatssekretär Cottle begleitete ihn auf der Reise. Laval benutzte den letzten Tag seines Aufenthaltes zu einer Besichtigung der Stadt Newport und war am Abend Gast der französischen Handelskammer, die zu seinen Ehren ein großes Bankett veranstaltete. Am Mittwoch, d. h. am Dienstag früh, 6 Uhr mittlereuropäische Zeit, tritt der Ministerpräsident die Rückreise nach Frankreich an.

Newport, 27. Okt. (Sunddienst.) Der französische Ministerpräsident Laval, der sich heute vormittag um 6 Uhr zur Rückreise nach Frankreich eingeschifft hat, überab dem Washingtoner Korrespondenten der Newport Times vor seiner Abreise eine Erklärung, in der vor allem festgesetzt wird, daß das Reparationsproblem zunächst durch eine Untersuchung der deutschen Zahlungsfähigkeit in der Schwebe bleiben solle. Die Untersuchung werde durch eine Kommission der Valer Bank für den internationalen Zahlungsausgleich durchgeführt. Sobald sie abgeschlossen seien, würden die Vereinigten Staaten die frühere Kriegsschuldenkommission wieder zu neuen Verhandlungen

Lohnfragen ersten Ranges

Die Reichs-, Gemeinde-, Metall- u. Textilarbeiter im Lohnkampf — Die Reichsregierung vor folgen schweren Entscheidungen

Der Reichsarbeitsminister hat zur Regelung des Lohnkonflikts bei der Reichsbahn den Schlichter für die Rheinprovinz Dr. Zoetten als Sonderlichter ernannt.

Die Forderung der Reichsbahnverwaltung, den Lohn um 3 bis 4 Pfennig pro Stunde zu kürzen, hat unter den Eisenbahnern stärkste Erregung hervorgerufen. Beim Einheitsverband liegen aus allen Bezirken Proteste vor, die sich entschieden gegen jeden Lohnabbau wenden und darauf aufmerksam machen, daß das Schlimmste zu befürchten ist, wenn die Reichsbahnverwaltung nicht einlenkt. Der Vorstand des Einheitsverbandes hat sich daher veranlaßt, den ADGB und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion von der Lage im Reichsbahnbetrieb in Kenntnis zu setzen. In der vom Verbandsvorsitzenden Scheffel geführten Besprechung erklärte sowohl Peter Graumann, der Vertreter des ADGB, sowie Otto Wels, als Vertreter der Reichstagsfraktion, daß sie es als ihre Pflicht erachteten, sofort bei den zuständigen Regierungsstellen vorstellig zu werden, um diese über die Lage ins Bild zu setzen und im Interesse der Eisenbahner zu wirken.

Infolge der ungünstigen Situation hat der Vorstand des Einheitsverbandes telegraphisch die große Lohnkommission des Verbandes einberufen.

Der Reichsbahnbetrieb ist eines der wenigen Unternehmen, die zur Zeit in Deutschland einen verhältnismäßig gut ausbalancierten Etat aufzuweisen haben. Die Reichsbahn konnte trotz der hohen Reparationslasten, die sie nach ihren Angaben auch unter dem Hooverjahr aufzubringen hat, der Industrie Millionenaufträge erteilen, die ursprünglich nicht vorgesehen waren. So kam die Reichsbahn der Schwerindustrie im Juli d. J. mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm in Höhe von 100 Millionen Mark zu Hilfe, wozu allerdings die Reichsregierung einen Betrag von 60 Millionen Mark beigesteuert hat. Zur Zeit ist die Reichsbahn abermals dabei, Aufträge in Höhe von rund 100 Millionen Mark an die gleiche Industrie zu erteilen, die bereits beim Auftragsprogramm berücksichtigt worden war. Der erforderliche Geldbetrag soll aus der Reichsbahnkassenschatze entnommen werden. Bei beiden Beschaffungsaktionen handelt es sich in erster Linie um Lieferung von Oberbaumaterial, das zum Teil viele Monate lang lagert und infolgedessen vom Rost angegriffen ist, ehe es zum Einbau gelangt. Auch die Lokomotiv- und Wagenindustrie ist stets sehr fürsorgerisch von der Reichsbahn mit Aufträgen bedacht worden. Zur Zeit wird über eine neue Auftragserteilung für diese Industrie in Höhe von 75 Millionen Mark verhandelt. Dabei sind von rund 723 000 Wagen 150 000 als überflüssig aus dem Verkehr gezogen worden. Von diesen 150 000 sind 88 000 reparaturbedürftige Wagen, und davon wurden wiederum 32 000 zurückgestellt, d. h. die Pflichtunternehmung wurde nicht vorgenommen, weil man sie nicht braucht. Von 22 600 Lokomotiven sind 5000 aus dem Verkehr herausgenommen, und davon barren 2450 der Reparatur. Wir haben also einen Fahrzeugüberfluß und zwar in einem Augenblick, wo entsprechend der Jahreszeit der Verkehr am stärksten ist.

Wir wollen die guten Absichten der Auftragserteilungen nicht verkennen. Allein man darf auch nicht übersehen, daß im Reichs-

bahnbetrieb selbst durch Zurückhaltung von Arbeit infolge von Geldmangel viel Arbeitslosigkeit entsteht, und selbst wenn man über diese Dinge hinwegsehen wollte — man könnte uns entgegnen, es sei ja schließlich gleichgültig, wo die Arbeitslosigkeit hervorgerufen wird — so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß die Beschaffungsaktivität der Reichsbahn zum guten Teil auf Kosten des Personals durchgeführt wird. Hier gibt es Grenzen.

Vergleichen man die Beschaffungs- und Personalpolitik der Reichsbahn miteinander, dann ergibt sich folgender bescheidener Tatbestand: Der Personalplan für die Reichsbahn umgibt die Industrie wurde beständig erhöht, während der Personalplan für Lohnausgaben laufend gekürzt wurde. Wenn unter diesen Umständen der Eisenbahnarbeiter angeht die neuen Lohnabbauforderungen der Reichsbahnverwaltung in Erregung gerät — wer will sich darüber noch wundern?

Berlin, 27. Okt. (Sunddienst.) Die Schlichtungsverhandlungen für den Reichsbahnbetrieb, die am Montag mittag um 12 Uhr im Reichsarbeitsministerium begannen, wurden abends gegen 9 Uhr auf heute vormittag 12 Uhr vertagt. Am Montag kam man über die Parteiverhandlungen nicht hinaus, so daß eine Schlichterkammer noch nicht gebildet wurde. Sie wird erst nach dem Scheitern der Verhandlungen in Funktion treten.

Außer über die Löhne der Reichsbahnarbeiter wird in diesen Tagen die Entscheidung über das Lohnniveau von bald über eine Million Arbeitern in öffentlichen und privaten Betrieben fallen. Neben den Textilarbeitern, deren Lohnsätze im ganzen Reich geltend sind, neben den 600 000 Arbeitern und Arbeiterinnen der Metallindustrie, wo die Frage der 40-Stundenwoche zunächst beschlossen werden muß, ehe über die Lohnfrage beraten werden kann, befinden sich im Augenblick noch die Bergbauarbeiter über die Löhne der Gemeindearbeiter im entscheidenden Stadium.

Angehängs dieser Situation macht der Vormarsch die Reichsregierung darauf aufmerksam, daß sie in den Lohnkonflikten in der Zeit der schlimmsten Not eine politische Entscheidung ersten Ranges zu fällen habe. Die Bedeutung dieser Lohnverhandlungen liegt nicht nur darin, daß es sich bei den Reichs- und Gemeindearbeitern um mehr als eine halbe Million Beschäftigte handelt, sondern, sie liegt vor allen Dingen in der Tatsache, daß es hier um die Löhne von Arbeitern öffentlicher Betriebe geht, auf deren Lohnabsetzung die Reichsregierung einen entscheidenden Einfluß hat. Wenn die Reichsregierung zulasse, daß die Löhne für Arbeiter in öffentlichen Betrieben in einem Jahre dreimal gekürzt werden und zwar derart, daß sie nach dem Einkommen der Reichsbahnverwaltung oft nicht ausreichen, um die Wieten in den eigenen Wohnungen der Reichsbahn zu zahlen, dann komme das praktisch ungeheuer auf die Erfüllung der Forderungen der Schwarzarbeiter hinaus. Die schönsten Reden gegen die Rabattisierung der Massen würden völlig entwertet, durch Handlungen, die diese Massen zur Verzweiflung treiben müßten.

Das Karl-Liebknecht-Haus noch immer befehlt

CPA, Berlin, 26. Okt. In Verbindung mit der Auffindung eines bedeutenden Sprengstofflagers bei einem der Polizei bekannten Berliner kommunistischen Funktionärs wurde am Samstag, wie bereits gemeldet, das Karl-Liebknecht-Haus am Bülowplatz befehlt. Ein Teil der Räume des Hauses ist auch heute früh noch befehlt und für den Publikumsverkehr gesperrt. Die Ermittlungen und die Sicherung des umfangreichen Materials noch andauern. Der übrige Teil des Hauses, vor allen Dingen die Dreizelei, ist freigegeben.

Weiterer Sprengstoff entdeckt

Berlin, 27. Okt. (Sunddienst.) Die Berliner Kriminalpolizei hat bei dem früheren kommunistischen Funktionär und früheren Straßenbahnarbeiter Ueberbrück drei Zentner Sprengstoff entdeckt und beschlagnahmt. Die Menge würde genügen, um ein ganzes Großadmiralstiel in die Luft zu sprengen. Einen Teil der Sprengstoffe bewahrt Ueberbrück in einer Gartenlaube auf. Der Rest wurde am Montag in dem Keller seiner Wohnung gefunden.

In den Kellerräumen wurden u. a. noch Drahtrollen, Metallbehälter, die zur Herstellung von Sprengkörpern dienen sollten, eine behelfsmäßig hergestellte Handgranate, Aufschlag- und elektrische Zünder und sonstiges Zubehör gefunden. Der Sprengstoff stammt teilsweise direkt aus Fabriken, in denen er hergestellt wurde. Er dürfte von Jochen und Steinbrüchler entnommen worden sein.

Im Zusammenhang mit den Sprengstoffunden bei Ueberbrück besteht eine Abteilung der Berliner Polizei bereits am Samstag das Haus der kommunistischen Parteizentrale am Bülowplatz. Das Haus wurde am Montag morgen bis auf die Räume des Zentralkomitees wieder freigegeben. Die endgültige Räumung erfolgte am Montag abend.

Die Polizei ist dank des Materials aus dem Karl-Liebknecht-Haus einem Teil der Sprengstofflieferanten auf die Spur gekommen. Die Fäden der Organisation reichen bis nach Oberschlesien und Schleswig-Holstein.

Polizeiwachmeister in Gelsenkirchen von Kommunisten erschossen

Witz, Gelsenkirchen, 26. Okt. Als heute morgen kurz nach Mitternacht zwei Gelsenkirchener Polizeibeamte bei einem Damm eine Gruppe von etwa zehn Männern, die kommunistische Lieber kamen, zur Ruhe aufzufordern, wurde ihnen zugetrunken: „Ihr blauen Hunde habt uns nichts zu sagen!“ Die Polizeibeamten wollten die Personalia der Rufführer feststellen. Die Kommunisten sprangen zurück, riefen „Seid Wostau“ und „Ist Front!“ und gaben auf den Polizeiwachmeister Niederwerfer mehrere Schüsse ab, worauf er infolgedessen, auch der andere Beamte wurde getroffen, ohne jedoch getroffen zu werden. Er gab auf die Wundstellen mehrere Schüsse ab. Es scheint, als ob einer der Angreifer getroffen worden ist. Niederwerfer, der Schüsse in der Hand hielt, ist in die Wüste flüchtend. Die Polizei hat heute Vormittag die Gruppe der Kommunisten in Gelsenkirchen unterworfen. Es wurden zehn Mann festgenommen, die aufeinander auf Kommando Lieber zu verurteilen haben. Das Polizeihaus wurde polizeilich gesichert. In der Nacht nach dem Mord wurden die Kommunisten in der Gelsenkirchener Straße festgenommen. Die Ausschließung für die Mitarbeit des Publikums bestimmt ist.

Washingtoner Erklärungen an deutsche Adresse

Washington, 26. Okt. Dem Vertreter des WTB, gegenüber wurde von maßgebender Stelle zu dem Communiqué über die Besprechungen Hoover-Laval betont, daß in Amerika eine Absicht besteht, sich von den internationalen Schuldenfrage zu isolieren. Im Gegenteil sei der wichtigste Punkt der Unterredungen mit Laval die Diskussion gewesen, wie man Deutschland helfen könne und es habe sich als am praktikabelsten herausgestellt, das Problem durch die im Vonnplan vorgesehene Maschinenindustrie anzufassen.

Stimmen empfangt heute einzeln den deutschen und den britischen Volkshaus und distanzierte mit ihnen das von Hoover und Laval ausgegebene Communiqué.

Deutsch-französische Zusammenarbeit das Gebot der Stunde

Das Ergebnis von Washington zeigt, daß Europa in der Hauptsache auf sich selbst angewiesen ist. Daraus die Konsequenzen zu ziehen, ist das Gebot der Stunde, vor allem für Frankreich und Deutschland. Dies unterstreicht mit Recht auch die Germania, indem sie schreibt:

„Das politische Fazit der Washingtoner Verhandlungen für Deutschland sieht das Blatt darin, daß in der Tat alles darauf ankommt, ob die wirtschaftliche Zusammenarbeit, die zwischen Deutschland und Frankreich geplant ist, zu einem guten Ende geführt werden könne. Für den Hauptteil dieser die Befestigung der Tatsache ist, daß die Wiederherstellung des europäischen Vertrauens jetzt nur noch mehr davon abhängt, ob Deutschland und Frankreich zu einer irgendwie gearteten Verständigung gelangt. Das Problem Frankreich-Deutschland ist durch den Ausgang der Washingtoner Verhandlungen in seiner Bedeutung noch entscheidender geworden.“

Reichsbankausweis vom 25. Oktober

Die Bestände an Gold und bedungensfähigen Devisen haben sich um 6,6 Millionen RM. auf 1287,5 Mill. RM. vermindert. Im Einzelnen haben die Goldbestände um 11,4 Mill. RM. auf 1144,6 Mill. RM. abgenommen und die Bestände an bedungensfähigen Devisen um 4,8 Mill. RM. auf 142,9 Mill. RM. zugenommen.

Die Deckung der Noten durch Gold und bedungensfähige Devisen beträgt 29,4 Prozent gegen 28,6 Prozent in der Vorwoche.

Die franz. Generalratswahlen

Die Freie Presse in Straßburg berichtet das Ergebnis der französischen Generalratswahlen als einen glänzenden Sieg der Sozialisten an Oberrhein und schreibt dazu: „Tatsache ist, daß wir Sozialisten eine bemerkenswerte Zunahme an Stimmen zu verzeichnen haben gegenüber den vorhergehenden Gemeinderatswahlen, während die autonomistischen Stimmen zurückgegangen sind. Gegenüber den Oktoberwahlen 1929 verlor die F. P. im Rheinland Ost noch 500 Stimmen, während die Autonomisten einen Verlust von 700 Stimmen zu verzeichnen haben.“

Freistaat Baden

Hugin und Schmidt-Bretten bei den Nationalsozialisten

Aus dem Landtag schreibt man uns: Am vergangenen Sonntag ist anlässlich der Jahreshauptversammlung des Badischen Landtages in Heidelberg das eintröfliche, was seit Wochen auch im Landtag diskutiert wurde: der Uebertritt von Mitgliedern der Bauern- und Wirtschaftspartei des badischen Landtages zur Fraktion der Nationalsozialisten. Diese wird dadurch 8 Mann stark sein. Der Schmidt hat schon längst mit den Nationalsozialisten konvertiert; man weiß, daß er politisch auf dem äußersten Flügel der Rechten steht und so ist sein Uebertritt nicht weiter verwunderlich. Es besteht die Auffassung, daß es ihm um die Wiedergewinnung des Brettener Mandats bei der nächsten Wahl zu tun ist. Er will vermeiden, daß ihm in den Nationalsozialisten ein Konkurrent entsteht, und deshalb baut er vor und tritt zu den Nationalsozialisten über.

Etwas anders liegen die politischen Voraussetzungen bei dem im badischen Oberland gewählten Bauern- und Wirtschaftsparteiler Hagin. Er gehörte früher dem Badischen Landtag an und hat sich seit seiner im Jahre 1929 erfolgten Wiederwahl der Bauern- und Bauernpartei verschrieben. Man kann von ihm nicht sagen, daß er die politischen Ziele der Nationalsozialisten in allen Punkten billigt. Wenn er jetzt nach Auflösung seiner Landtagsfraktion die Nazis verweilt, so werden sich darüber keine Wähler, soweit sie noch nicht nationalsozialistisch sind, nicht besonders freuen. In der nationalsozialistischen Fraktion wird dann das bäuerliche Element vertreten sein durch Merk, Roth und Hagin. Was dabei herauskommt, hat im vorigen Jahre die Beratung des Budgets der Landwirtschaft ergeben, wobei der „Redolheimer Bauer“ Roth die schlechteste Rede über die Landwirtschaft gehalten hat.

Mit dem Ausscheiden der Abgeordneten Hagin und Schmidt ist natürlich das fernere Schicksal der Bauern- und Wirtschaftspartei noch nicht erledigt. Was wird der Bauernabgeordnete Hilbert anfangen? Von ihm wird erzählt, daß er zum Zentrum übergehen werde, da er ja katholisch ist. Er hatte in der früheren Legislaturperiode einige Zusammenstöße mit den Zentrumseuten. Aber die Frage wurde auch im Landtag aufgeworfen: wo will Hilbert hin, nachdem er mehrere Male sich als scharfer Gegner der Nationalsozialisten bekannt hat?

Es bleiben noch übrig die Abgeordneten v. Au, Spielmann, Freiburg und Hermann-Forsheim. Die zwei letzteren gelten als besondere Mittelpunktsvertreter. Wohin werden sie sich wenden? Mit beiden hatte die sozialdemokratische Fraktion schon vielfach Zusammenstöße, die sich aus deren ablehnenden Haltung gegenüber der Tarifpolitik der Gewerkschaften ergab.

Herr v. Au war in letzter Zeit verhältnismäßig in seinen temperamentvollen Reden fast regierungstreuer. Er hatte für manches Verständnis gezeigt, was er früher verdammt. Will er sich den Demokraten anschließen, wohl, nein! Von daher ist er gekommen. Es ist also nicht ausgeschlossen, daß er zur Deutschen Volkspartei geht. Die nächsten Wochen werden darüber Arbeit bringen, und wenn der Landtag wieder zusammentritt, hat man ein anderes Bild der einzelnen Fraktionen vor sich. An sich ist eine Vermehrung der Zahl der Fraktionen zu begrüßen, denn was sollen zehn Fraktionen in dem kleinen badischen Landtag? Aber wichtig ist es doch, daß sich die Bauern- und Wirtschaftspartei fast vollständig der Reaktion verschreibt und dann naturgemäß zur Regierung und zu den Koalitionsparteien noch schroffer wie bisher in Opposition tritt. — Auch die Gegenpartei zur Sozialdemokratie wird dadurch stärker, was viele aber nicht abhalten wird, der gesamten Rechten des badischen Landtags noch scharfer entgegenzutreten.

Die Einschränkung der Fastnachtslustbarkeiten

Amlich wird mitgeteilt: Im Hinblick auf den Ernst der Zeit und die Notlage des deutschen Volkes werden für das Jahr 1931/32 karnevalistische Veranstaltungen jeglicher Art, insbesondere Masken- und Kostümbälle vor dem 16. Januar 1932 und ebenso nach dem Fastnachtsdienstag gänzlich verboten. Diesem Verbot unterliegen auch private Veranstaltungen, die in Wirtschaftsräumen oder anderen sonst der Öffentlichkeit zugänglichen Räumen stattfinden. Jedes Fastnachtstreiben auf öffentlichen Straßen und Plätzen wird untersagt, insbesondere alle Feiern auf öffentlichen Straßen oder Plätzen. Nicht verwehrt sind die in bestimmten Teilen des Landes üblichen althergebrachten (historischen) Gebräuche, besonders lokale Charaktere, soweit sie sich in der Zeit vom Donnerstag vor Fastnacht bis Fastnachtdienstag abspielen. Auch soll sich das Verbot nicht auf Kinder unter 14 Jahren beziehen. Die Polizeibehörden sind angewiesen, soweit es geziemlich möglich ist, auf die Einschränkung der Fastnachtslustbarkeiten hinzuwirken, sowie dafür zu sorgen, daß auch bei den zugelassenen Fastnachtveranstaltungen alle Auswüchse unterbleiben, insbesondere, daß die halbwegsige Zuneid sowie Personen, die in unangenehmer Kleidung erscheinen, oder sich unziemlich benehmen, ferngehalten oder entfernt werden.

Die Prüfungen für Schulfremde (Extraneer) an den höheren Schulen im Jahre 1932 werden gleichzeitig mit den ordentlichen Prüfungen der Volksschulen zwischen Weihnachten und Ostern abgehalten werden. Gesuche um Zulassung zu diesen Prüfungen sind mit den erforderlichen Nachweisen im Laufe des Monats Dezember ds. Js. einzureichen.

Die Inflationspläne der Harzburger

In einer hiesigen Verammlung machte der Kölner Reichstagsabgeordnete der Wirtschaftspartei Scheidewitz nähere Mitteilungen über die Verhandlungen der wirtschaftsparteilichen Reichstagsfraktion mit den Harzburgern vor der entscheidenden Abstimmung über die Misstruensanträge gegen die Regierung Brüning im Reichstag. Nach der kölnischen Volkszeitung führte Scheidewitz u. a. aus:

Bei den Verhandlungen mit der Harzburger Opposition sei ersichtlich gewesen, was man den Unterhändlern der Wirtschaftspartei gesagt habe. Es liege fest, daß die Kreise hinter Hugenberg unter allen Umständen eine Teilinflation gewollt hätten, um den Export wieder anzukurbeln und die Wirtschaft zu entlasten. Für die Wirtschaftspartei sei von vornherein klar gewesen, daß ein Währungsexperiment unter keinen Umständen in Frage käme, weil der Mittelstand in erster Linie der Geschädigte gewesen wäre. Dieser selbst habe Brüning Außenpolitik die Arbeit eines Bettlers, der mit nichts komme, genannt und etwas geredet von 20 Divisionen und 3000 Bombenflugzeugen, mit denen Deutschland als der kontinentale Regen Englands kommen könne. Dann sei alles ganz anders.

Weiterer Prozeß zum Kurfürstendammbau

Ich heiße Hase und weiß von nichts

EWB. Berlin, 26. Okt. Unter starkem Andrang des Publikums begann heute vor dem Schöffengericht Charlottenburg mit einer kleinen Verspätung der zweite Prozeß, der die Unruhen auf dem Kurfürstendammbau am jüdischen Neujahrsfest zum Gegenstand hat. Den Vorsitz des Gerichts führt als geschäftsordnungsmäßiger Vertreter des abgelehnten Landgerichtsdirektors Schmitz der Landgerichtsdirektor Brennhausen. Angeklagt sind der oberste SW-Führer für Berlin und die Mark Brandenburg, Wolf Heinrich Graf von Helldorf, der Angeklagte Karl Ernst, der Jungstahlführer Dipl.-Ing. Wilhelm Brandt und der Stahlhelfer Kurt Schulz wegen Mordversuchs beim schweren Landfriedensbruch und Aufreizung zum Klassenkampf. Vier weitere Nationalsozialisten, die nachträglich unter Anklage gestellt worden sind, haben sich wegen einfachen Landfriedensbruchs zu verantworten.

Zunächst wurde der Angeklagte Graf Helldorf vernommen. Er sagte aus, von dem jüdischen Neujahrsfest habe er keine Kenntnis gehabt. Der Angeklagte bestritt, daß die Aufforderung zu der Demonstration von ihm oder von anderen leitenden Stellen der SW ausgegangen sei.

Die Aussagen des Angeklagten Ernst decken sich im wesentlichen mit denen des Grafen Helldorf. Angeklagter Brandt sagte, er sei nur nach dem Kurfürstendammbau gefahren, um sich die Sache anzusehen. Eine Mordversuchsanklage stellte er entschieden in Abrede. Im weiteren Verlauf wurde als dritter Angeklagter der Jungstahlführer Brandt vernommen. Er will nur durch Zufall erfahren haben, daß an dem betreffenden Tage, an dem sich die Zusammenstöße am Kurfürstendammbau abspielten, jüdisches Neujahr sei. Er habe keine Kameraden aufgefordert, sich den „Kamauk am Kurfürstendammbau“ anzusehen.

Gandhi auf der Schallplatte

Der Führer der indischen Freiheitsbewegung, Mahatma Gandhi, hat eine Schallplatte der Columbia-Gesellschaft beigesteuert. Gandhi, der jeden persönlichen Besitz ablehnt, ließ das ihm zuerkannte außerordentlich hohe Honorar an Wohltätigkeitsanstalten weiterleiten.

Einzug des Winters in München

München, 26. Okt. Ununterbrochener Schneefall in der vergangenen Nacht, der bis in die späten Vormittagsstunden mit unverminderter Heftigkeit andauert, hat schnell zur Bildung einer hohen Schneedecke geführt und der Landeshauptstadt ein winterliches Gepräge gegeben. Der plötzliche Wintereinzug hat im Verkehr empfindliche Störungen verursacht. Aus dem Innenvorland und dem Biedersteiner Wald werden gleichfalls starke Schneefälle gemeldet. Im Allgäu liegt bereits 20 Zentimeter Schnee. Der Schneefall dauert an.

Gefangeneneuterei in einer Hamburger Strafanstalt

Hamburg, 26. Okt. In der Hamburger Nebenstrafanstalt Glasmoor ist es am Sonntag zu einer Meuterei durch Entzug des sonntäglichen Mittagessens gemächter Gefangener gekommen, in deren Verlauf die Zelle der aufreißenden Gefangenen, die sich verbarrikadiert hatten, von den Beamten mit der Waffe in der Hand gesäubert werden mußte. Die Belagerten hatten schließlich ihre Matrassen in Brand gesetzt. Fünf Hauptbeteiligte sind in die Anstalt Fußfesseln übergeben worden und leben ihrer Bestrafung entgegen.

Feuer in einem rumänischen Kino

Bukarest, 26. Okt. In dem Lichtspieltheater Jasso brach gestern abend während der Vorstellung infolge Entzündung eines Filmdreifachens Feuer aus. Der Zuschauer demüthigte sich eine furchtbare Panik. Mehrere Kinder und Frauen wurden schwer verletzt. Der Vorführer konnte trotz aller Bemühungen der Feuerwehrleute, von denen sechs erhebliche Brandwunden erlitten, nicht mehr gerettet werden. Lediglich seine verbrannte Leiche wurde geborgen.

Tod in der Antenne

In Königsberg kam ein 25jähriger Jungelehrer S. auf eigenartige Weise ums Leben. Er war auf das Dach seines vierstöckigen Hauses gestiegen, um die zu seinem Radiosender gehörende Antenne zu reparieren. Der Lebrer stürzte ab und blieb mit dem Kopf in der verschlungenen Antenne hängen. Der Antennenstrahl zog sich mit solcher Gewalt zusammen, daß dem Unglücklichen der Kopf abgerissen wurde.

Devaheim — Tägliche Rundschau

Im Verlauf der staatsanwaltlichen Ermittlungen über den Devaheimfall hat sich u. a. herausgestellt, daß Gelder des evangelischen Volksparlamentarikers in Berlin erhaltene rechtsgültigen Tägliches Rundschau verhandelt worden sind. Das Darlehen ist fernerzeit durch Pfarrer Cramer in Potsdam und Generaldirektor Jepsel vermittelt worden. Der Verleger der Tägliches Rundschau erklärt hierzu, daß er keine Bedenken wegen der Annahme des Darlehens habe, da ihm versichert worden sei, daß die Darlehenssumme nicht aus Spargeldern kamme.

Der Tanz in den Tod

Auf eigenartige Weise verunfallte der Daurtänzer John Bir 4 aus Indianapolis (USA). Birz beteiligte sich mit seiner Frau an einem schon 8 Wochen währenden Tanz-Marathon, das in einem stark besuchten Saal stattfand. Das Paar war vom Strand ins Wasser getrieben, wurde aber plötzlich von einer Sturzwelle ins Meer gerissen. Die Frau des Tänzers konnte gerettet werden. Birz fand den Tod in den Wellen.

Strecker-Revision

Der vom Schwurgericht Potsdam wegen Brandstiftung in Idealfonturren mit Verhinderungsbetrug zu einem Jahr Zuchthaus verurteilte Schriftsteller Karl Strecker hat gegen das Urteil seine Verteidiger Revision angemeldet. Revisionsgrund ist die Tatsache, daß Strecker um „das letzte Wort“ gekommen ist, weil er während seiner Ausführungen am Schluß der Verhandlungen einen Ohnmachtsanfall erlitt. Bevor Strecker wieder hergestellt war und seine Ausführungen beenden konnte, hatte sich das Gericht zur Beratung zurückgezogen.

Prof. Calmette zum Lübecker Prozeß

München, 26. Okt. Prof. Calmette hat an die Münchener Neuesten Nachrichten einen Brief gerichtet, in dem er zu den Vorwürfen in Lübeck Stellung nimmt. In diesem Schreiben erklärt Prof. Calmette u. a., im Laboratorium des Lübecker Krankenhauses seien keinerlei Vorsichtsmaßnahmen unternommen worden, um eine Verwendung der BCG-Ankulturen und der verschieden menschlichen Bakterien zu verhindern, die in dem gleichen Laboratorium zur Verfügung dem Deutschen Reichspräparat dienen. Es ist mir nicht persönlich, daß Prof. Dönde und seine Anhänger erklärten, das BCG-Präparat sei zur Virulenz zurückgefallen.

Schultheißskandal und „nationale Opposition“

Was denkt Herr Reinhart zu tun?

Berlin, 27. Okt. (Funkdienst.) Einer der in den Schultheißskandal verwickelten „Wirtschaftsführer“ ist Herr Reinhart von der Commerz-Bank, der u. a. auch in dem Wirtschaftsrat der Reichsregierung (s. l. Reinhart gilt zugleich als einer der Finanziers der „nationalen Opposition“.

Er hat bisher keine Anstalten gemacht, angesichts des Schultheißskandals, für den er mitverantwortlich ist, aus dem Wirtschaftsrat auszuscheiden. Wird ihn nunmehr die Reichsregierung dazu veranlassen oder will sie Gefahr laufen, daß andere Mitglieder des Wirtschaftsrates aus der Situation von sich aus die Konsequenzen ziehen und eine Zusammenarbeit mit Herrn Reinhart ablehnen?

Meuterei auf deutschen Schiffen auch in Odessa

WB. London, 26. Okt. Der „Times“-Korrespondent in Konstantinopel meldet: Der deutsche Frachtdampfer „Asfania“ und die beiden deutschen Tankdampfer „Viscova“ und „Julius Schindler“ sind hier auf der Heimfahrt eingetroffen. Während die „Asfania“ im Hafen von Odessa Ladung einnahm, meuterten sieben Mann der Besatzung und suchten die übrigen Seeleute unter Bedrohung von Revolvern ebenfalls zum Streik zu veranlassen. Der Kapitän wurde, als er einzutreten suchte, durch vier Revolverkugeln verwundet. Bei ihrer Abfahrt ließen die drei Schiffe ihre 34 Meuterei in Odessa zurück.

Doppeljubiläum der Frankfurter Zeitung

Die Frankfurter Zeitung, die in diesem Jahre ihren 75. Jahrgang vollendet hat, feiert zugleich am 29. Oktober ds. Js. den 100. Geburtstag ihres Gründers Leopold Sonnemann.

Aus aller Welt

Die Angeklagten verweigerten die Verhandlungen so zu wenden, daß die biologische Substanz des BCG. und nicht mehr die Verhältnisse im Lübecker Krankenhaus zur Verhandlung stehen.

Steuerabotage

Will der Staat sich das gefallen lassen?

Kiel, 26. Okt. Die von den Nationalsozialisten und den rechtsradikalen Landvolkgruppen inszenierte Steuerabotage der Bauern, die bisher bei Zehoe zu einer Demonstration von 1500 Bauern führte, hat inzwischen einige weitere Fälle nach sich gezogen. Bei Brunsbüttel-Cooz, am Ausgang des Nordsee-Kanals, sollte bei einem Bauern Korn beschlagnahmt werden. Die Steuerstreik-Organisationen hatten daraufhin 100 Mann beordert, die dem Gerichtsvollzieher die Ausübung seiner Pflicht unmöglich machte. Der Lastwagenbesitzer und sein Helfer wurden bedroht. Ferner wurden die Säde zerhackt, so daß der Kraftwagen unerrichteter Sachschaden erlitt. Die gewalttätige Verhinderung der gerichtlichen Maßnahmen erfolgte im Beisein von drei Landjägern.

In Winkelsdorf bei Rodfiederlager sollte bei einem Landmann ein Schwein gepfändet werden, weil er die Gebühr in einer Erbschaftsangelegenheit nicht bezahlt hat. Auch hier erschienen die Kollkommandos der Steuerverweigerer und lezten durch, daß die Versteigerung nicht durchgeführt und das Schwein zurückgegeben wurde. Eine Kolonne von etwa 15 Personen marschierte sodann auf den Hof eines Bahnbeamten, der sein Fuhrwerk zur Abholung des Schweines zur Verfügung gestellt hatte. Der Beamte wurde von den Kollkommandos auf das schwerste bedroht, außerdem entfernte man von seinem Wagen die Achsenhaken. Als Vorführer machte sich der stellvertretende Gemeindevorsteher bemerkbar.

Inflations-Interessenten?

H. D. Wenn etwas geeignet ist, den Interessen des gesamten Volkes zu schaden, und die schnellst erwartete Gesundung unseres Wirtschaftslebens nachhaltig zu hemmen, so ist es das leichtfertige Gerede um eine neue Inflation. Immer wieder hört man von umlaufenden Inflationserregern: der eine äußert eine Vermutung, der andere trägt sie beforat weiter, der Dritte beginnt darauf seine geschäftlichen Dispositionen abzustellen, der Vierte endlich glaubt ganz besonders klug und vorzorsichtig zu handeln, wenn er gebamstertes Bargeld in „Schwerten“ anlegt. Mit großer Beharrlichkeit und Zähigkeit pilzen solche Gerüchte sich fort, allen sachlichen Erwägungen, allen wirtschaftlichen Tatsachen zum Trotz.

Wenn heute mit Recht darauf hingewiesen wird, daß Ueberinflation und Inflation in Teilen von Landwirtschaft und Industrie ein unerträgliches Ausmaß angenommen haben, wenn ferner die Notwendigkeit erkannt wird, mit Mitteln einer schöpferischen Wirtschaftspolitik hier Abhilfe zu schaffen, so kann eine solche Feststellung ummöglich zu dem Schluß führen, daß man die notwendige Entlastung der schwachen Erwerbsstände etwa auf dem Wege einer neuen Inflation erreichen könnte. Die Kontrakt des Volkes in seinen breiten Massen würde zerfallen. Vor acht Jahren ließ sich unter Aufbietung aller Kräfte und in zwölfter Stunde das Zerhängnis abwenden; ein zweites Mal Inflation auslösen — das hieße den furchtbaren Totentanz der gesamten deutschen Wirtschaft entstellen.

Andere, bessere Mittel und Wege werden gesucht werden müssen, um das deutsche Volk aus dem Dunkel und der Wirnis unserer Tage in eine lichtere Zukunft hinüberzuleiten. An der Inflation aber ist es nur inwieweit interessiert, als es mit allen Mitteln dafür Sorge zu tragen hat, daß sie niemals wiederkehrt.

Badisches Landestheater. Der „Ring des Nibelungen“ von Wagner wird mit „Walfür“ am Mittwoch, 28., mit „Siegfried“ am Freitag, 30. Oktober, fortgesetzt und mit „Götterdämmerung“ am Sonntag, 1. November, beschlossen. „Mina“, die Komödie Bruno Franks, deren Erstaufführung soeben die dankbarste Aufnahme fand und den wirksamsten Stücken unseres Unterhaltungsvielplans zugerechnet werden darf, wird am Dienstag, 27. Oktober, zum erstenmal wiederholt. Am Donnerstag, 29. Oktober, wird Göttis formidone und tief sinnige dramatische Dichtung „Edelweiß“ zur dritten Aufführung kommen. — Der letzte Tag des Oktober, Sonntag, bringt die zweite Klassiker-Neueinführung dieser Spielzeit. Es ist Heinrich von Kleists reifes Drama „Prinz Friedrich von Homburg“, das zuletzt im Dezember 1923 hier gegeben wurde. — Im Konzerthaus gelangt am Sonntag, 1. November (Allerheiligentag), das Schauspiel „Der Lamberthier“ von Louis Verneuil zur Wiederholung.

Sie sparen bei der Zahnpflege, wenn Sie die Chlorodont-Zahnpaste verwenden, denn eine kleine Menge davon genügt. Versuch überzeugt. Käufen Sie sich vor billigen, minderwertigen Nachahmungen.

Gewerkschaftliches

Die Verhandlungen zur Neuregelung der Löhne der Reichsarbeiter

Die am Freitag im Reichsarbeitsministerium stattgefundenen Verhandlungen zwischen dem Reichsarbeitsministerium und den Gewerkschaften über die Neuregelung der Löhne der Reichsarbeiter sind am Freitag im Reichsarbeitsministerium stattgefunden. Die Verhandlungen sind am Freitag im Reichsarbeitsministerium stattgefunden. Die Verhandlungen sind am Freitag im Reichsarbeitsministerium stattgefunden.

Die Lohnverhandlungen der Gemeindearbeiter und Straßenbahner

Die Lohnverhandlungen der Gemeindearbeiter und Straßenbahner sind am Samstag nach zweitägiger Dauer ergebnislos abgebrochen. Die Verhandlungen sind am Samstag nach zweitägiger Dauer ergebnislos abgebrochen. Die Verhandlungen sind am Samstag nach zweitägiger Dauer ergebnislos abgebrochen.

Ablehnung des Vorschlags der Kommunalverwaltungen

Berlin, 26. Okt. (Eig. Meld.) Die Tarifkommission des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe trat bereits heute mit dem Vorstand der Gewerkschaft zusammen, um zu dem Vorschlag des Reichsverbandes der Kommunalverwaltungen auf neunprozentige Kürzung der Löhne ab 1. November Stellung zu nehmen.

Verlagerung der Verhandlungen im Lohnstreik bei der Deutschen Reichsbahngesellschaft

Berlin, 26. Okt. (Eig. Meld.) Im Lohnstreik bei der Deutschen Reichsbahngesellschaft fanden heute vor dem Sonderlichter, Oberlandesgerichtsrat Dr. Zoetien, erneut Verhandlungen statt. Nach ausführlicher Erörterung wurden die Verhandlungen auf morgen mittag vertagt.

Lohnabbau bei den Forstarbeitern

Stuttgart, 26. Okt. (Eig. Meld.) Im Lohnstreik des Deutschen Landarbeitersverbandes und des Reichsverbandes ländlicher Arbeitnehmer mit der Wtl. Staatl. Forstverwaltung hat der Schlichtungsausschuss einen Schiedsspruch gefällt, der einen Lohnabbau von 18-25 Prozent vorsieht. Statt vier Lohnklassen werden künftig nur drei gebildet, 31 Forstämter werden niedriger als früher eingestuft.

Die schwierige Lage des Baugewerbes. In Bayern ist das Baugewerbe infolge der nahezu völligen Einstellung der staatlichen Förderung des Baumarktes bis heute heimgejagt worden. Die Bauarbeiter sind zu fast 80 Prozent ausgezehrt und nun wurde auch das gesamte kaufmännische und technische Personal gekündigt.

Günstige Kaufgelegenheit

Wir verkaufen eine große Anzahl

**Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
Küchen**

Weit unter Preis!

Qualitäts-Möbel

Holz-Gutmann

Kar.straße 30

Unverb. Besichtigung erbeten. — Durchgehend geöffnet.
Lagerung und Lieferung frei!

Drucksachen aller Art liefert schnell und billig
Verlagsdruckerei „Volksfreund“ G.m.b.H.

Alarm!

Deutsches Volk, aufgewacht! Das Inflationsgespenst geht um

Die deutsche Währung hat bisher allen Stürmen der Wirtschaftskrise unerschüttert getrotzt. Jetzt wollen volkfeindliche Kräfte dieses letzte Bollwerk zerstören.

Wer sind die Inflationsheger, die dem deutschen Volk den letzten Boden unter den Füßen fortzuziehen wollen?

- Es ist jene „nationale Opposition“, die Hitler, Lugenberg und Schacht in Harzburg zusammengetrockelt haben, um die faschistische Diktatur vorzubereiten.**
- Es sind einflussreiche Männer der Schwerindustrie.**
- Es sind die überfulebenden Großagraren mit dem Reichslandbund.**
- Es sind die Nationalsozialisten, die mit dem „Zusatzgeld“ des Herrn Feder eine Notensut ins Land pumpen wollen.**
- Es sind die Lugenberger, die mit der „Binnenmark“ die Goldwährung zerrütten wollen.**
- Es sind die Kommunisten, die im Reichstag Mehrausgaben von 13 Milliarden fordern. Diese Milliarden können nur durch eine Notensut gedeckt werden. Das wäre Inflation in Reinkultur!**
- Arbeiter! Willst du wieder mit einem Wochenlohn arbeiten, für den du nicht ein Pfund Margarine kaufen kannst?**
- Angestellter! Willst du die Zeit wiedersehen, wo dein Gehalt am Monatsende schon vorher zerfallen ist?**
- Erwerbsloser! Willst du mit Papierbündeln unterstützt werden, mit denen du dir nicht einmal den Ofen heizen kannst?**
- Beamter! Willst du noch einmal den Verelendungsprozess von 1923 durchmachen?**
- Sparer! Willst du wieder alle mühsam zurückgelegten Spargroschen im Sandnudeln entwertet sehen und dem nackten Elend gegenübersehen?**
- Deutsches Volk! Willst du das möderische Gift der Inflation nicht noch einmal schlucken, dann sammle dich in den Reihen der Sozialdemokratischen Partei!**

Hinein in die Sozialdemokratische Partei!

Werden diese Kündigungen in vollem Umfang aufreht erhalten, so bedeutet das die Liquidierung der großen Baufirmen und den Zusammenbruch des bayerischen Baugewerbes.

Die Verhandlungen über die Neuregelung des Lohnvertrages für das Personal der staatlichen Schlepplaster auf dem Rhein-Berne-Hannover-Kanal sind ergebnislos verlaufen. Das Reichsverkehrsministerium, das den Tarifvertrag gekündigt hat, verlangt einen Lohnabbau von 7 Prozent. Diese Forderung wurde von den Organisationen abgelehnt. Das Ministerium wird nunmehr den Schlichter anrufen.

In der Textilindustrie sind nunmehr auch in Schlesien und Bayern die Tarifkündigungen durch die Unternehmer erfolgt. Damit sind jetzt die Tarife in allen größeren Textilbezirken gekündigt.

Aus der Stadt Durlach

Bürgermeisterwahl

Der gezeigte erste Wahlgang blieb unentschieden. Dr. Heim-Karlsruhe erhielt 40 Stimmen (Staatspartei, Zentrum, Nat.-Soz., Deutsche Volkspartei, beide Bürgervereinigungen und Wirtschaftspartei stimmten für ihn), Landtagsabg. Böning 11 Stimmen, Bürgermeister Rißert 2 Stimmen, 1 Stimme war unglücklich. Sozialdemokraten und Cv. Volksdienst blieben geschlossen der Wahl fern.

Mit dieser Wahl spielt sich eine Groteste hier ab, die Durlach wieder einmal weit über die Stadtgrenzen hinaus „berühmt“ zu machen geeignet ist. Man stelle sich vor: Die badische Haushaltnotverordnung bestimmt: Die Dienstzeit der amtierenden Bürgermeister wird bis 1. Mai 1933 verlängert. Das Ministerium des Innern entscheidet: Auf Durlach angewendet trifft dies auf Bürgermeister Rißert zu. Die Stadtratsmehrheit erklärt, dies alles gilt für uns nicht, wir wählen einen Bürgermeister und wenn wir diese Wahl vor den Verwaltungsgerichtshof bringen müssen. Ihr staatsparteilicher spiritus rector läßt seine ganze juristische Weisheit los, um nachzuweisen, daß die Bestimmung der badischen Haushaltnotverordnung für Durlach nicht zutrifft. In der Stadt erhält sich, nebenbei bemerkt, das Gerücht, daß der Bürgermeisterkandidat Dr. Heim den Nationalsozialisten nahe stünde, was ja, wenn es tatsächlich wahr sein sollte, interessante Streiflichter auf die politische Einstellung der Staatspartei und Zentrumsluete zuwerfen würde. Man hat sogar in geheimen Konventikeln beschlossene, für den Fall, daß Bürgermeister Rißert auf Grund der Notverordnung weiter amtiert, Obstruktion zu treiben, obgleich man gegen seine bisherige Tätigkeit keinerlei triftigen Vorwurf erheben kann.

Und warum das alles? Zunächst einmal ist Bürgermeister Rißert Sozialdemokrat und das genügt, um ihn zu beiseitigen. Aber daneben kommen doch wohl noch andere Gründe in Betracht. Man hat im Stadtrat mit überwältigender Mehrheit beschlossen, Eingemeinderungsverhandlungen mit Karlsruhe anzubahnen. Durch einen kleinen Zeitungskrieg und andern Einfluß ist nun anscheinend bei einem Teil des Bürgertums die Stimmung dafür in ihr Gegenteil umgeschlagen. Man sieht aber anscheinend doch ein, daß die wirtschaftliche Situation Durlachs zwingend diesen Weg weist, wenn es nicht gelingt, am Gemeindehaushalt starke Einsparungen zu machen. Und da z. B. der Fürsorgeetat der ausschlaggebendste Teil des städtischen Haushalts ist, will man offenbar daran noch viel mehr als bisher zu „sparen“ versuchen, und daß der Bürgermeister Rißert ein Hindernis bildet, ist den Herren des Bürgertums klar; also weg mit ihm.

Daß die Kommunisten diesen Zeitkrieg gegen den sozialdemokratischen Bürgermeister durch die dünn mitmachen, rundet das Bild ja entsprechend ab. Sie haben ja, da ihre Fraktion zu einem erheblichen Teil Anhänger der Fürsorge ist, auch das größte Recht dazu. Wie lautete doch die Begründung, die der famose Herr Weinbrecht für ihre Zustimmung zum Abbau des zweiten Bürgermeisters gab? Herr Bürgermeister Rißert ist nach unserer Auffassung nur der „Sachwalter der bürgerlichen Gesellschaft“. (Nebenbei bemerkt, weihen Sachwalter ist dann beispielsweise der kommunalpolitische Bürgermeister von Kleinfeinbach?) Und nun steht die „bürgerliche Gesellschaft“ alle Hebel in Bewegung, um diesen Sachwalter zu beiseitigen, weil er Sozialdemokrat ist, und bedient sich dabei der mehr oder weniger freiwilligen Helfershelfer der „Kommunisten“. Und die „reinen Arbeiter“ sind die überwiegende Teil der Wähler? Wenn es dem Bürgertum mit kommunistischer Hilfe gelingt, Rißert zu beiseitigen und durch einen Bürgerlichen oder gar einen Nationalsozialisten zu ersetzen, dann nur vermöge ihrer, der Arbeiterpartei, politischen Zerrissenheit und dadurch bedingten Ohnmacht. Im kleinen genau daselbe Bild wie im großen.

Jugend

Wien, 26. Okt. (Eig. Meld.) Die letzten Haltungen der SPD. seit 1918. Leiter: Genosse Rod. Umfang: 8 Blätter.

Kater Faden
Am Dienstagabend um 10 Uhr im „Lanndauer“ in Durlach. Diejenigen, die an der Rede mitmachen, müssen unbedingt pünktlich erscheinen, da diese meist geprobt wird. Ansonsten wird das Trampeln nicht einstudiert.
Am Mittwoch und Donnerstag finden Sprechproben statt. Was geprobt wird, legen wir am Dienstagabend fest. In Anbetracht der großen Wichtigkeit ist es eine Selbstverständlichkeit, daß alle erscheinen.

Auskünfte der Redaktion

Sadamo 16. In der von Ihnen verfassten Form eignet sich die Erörterung auf den Blödsinn im Führer nicht. Eine Rückfrage bei uns wäre nötig.

Durlacher Anzeigen

Bürgermeisterwahl

Die gezeigte Bürgermeisterwahl ist ergebnislos abgebrochen, weil keiner der Vorgesetzten die erforderliche Stimmenzahl von 45 Stimmen erreicht. Die Wahlverhandlungen liegen während einer Woche, vom Tage des Erscheinens einer Bekanntmachung an gerechnet, auf dem Rathaus 11. Stock, Zimmer 6, öffentlich auf. Innerhalb dieser Zeit kann die Wahl vom Stadtrat von jedem Wahlberechtigten wegen Verletzung der gesetzlichen Vorschriften beim Bürgermeister oder bei der Staatsaufsichtsbehörde (Landeskommission in Karlsruhe) schriftlich oder mündlich zur Niederschrift mit sofortiger Bezeichnung der Behebungsmittel angefordert werden.

Durlach, den 27. Oktober 1931.
Der Oberbürgermeister.

Verkauf junger Obstbäume.

Am Samstag, den 31. ds. Mts., von 14 Uhr an werden beim städt. Schwimmbad junge Obstbäume in bestbewährten Sorten (Hochstämme und Zwerge) verkauft.

Durlach, den 26. Oktober 1931.
Der Oberbürgermeister.

Grosse Freude durch kleine Preise

BABY-MANTEL (wie Abb. 3), aus warmem reinwollenen Flauchstoff für Jungen und Mädchen. Siegelung 78 Pfg., Gr. 45 **6.90**

KINDER-MANTEL (wie Abb. 1), aus solidem Stoff, uni und gemischt, im groß. Rollschloß. Siegelung 78 Pfg., Gr. 70 **8.75**

MÄDCHENMANTEL (wie Abb. 2), aus reinwollenen Diagonstoff mit Elard-Kraag, u. Stulp. Siegelung 78 Pfg., Gr. 65 **13.25**

KINDER-MANTEL Kamelhaar, in reine Wolle für Jungen und Mädchen. Siegelung 1.50 Gr. 45 **15.00**

KINDERPULLOVER mit Reißverschluss, beste Strickart, uni u. Bordüre, für Knaben und Mädchen. Siegelung 60 Pfg., Gr. 1 **5.80**

Sandauer

